

**Die Sowjetische Besatzungszone und die DDR in der deutschen und europäischen Geschichte, Vorwort Hermann Wentker, in: VfZ, H. 2, 69. Jg., April 2021, S. 279–360**

Peter März

Das Institut für Zeitgeschichte möchte so gerne – auch – bei der historischen Erforschung der DDR (samt ihrer Nachgeschichte) möglichst dominant mitmischen und hat dazu in der Aprilausgabe 2021 seines Hausorgans *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* eine breitflächige Bestandsaufnahme vorgelegt. Das Vorwort liefert der zuständige Berliner Abteilungsleiter Hermann Wentker, zugleich förmlich parallel hervorgetreten durch eine umfängliche Darstellung über *Die Deutschen und Gorbatschow. Der Gorbatschow-Diskurs im doppelten Deutschland 1985–1991* (Berlin 2020). Dieses Buch, von Jacqueline Boysen am 13. April 2021 in der *FAZ* affirmativ, ja geradezu hymnisch besprochen<sup>1</sup>, steht in einem allenfalls mittelbaren Zusammenhang mit dem Literatur- und Werkstattbericht in den *Vierteljahrsheften*. Sieht man genauer hin, dann findet man allerdings eben doch Analogien in Herangehensweisen und „Grammatiken“ (Clausewitz): Eine Unmenge an Fakten und Fundorten, korrelierend mit einem bemerkenswerten Mangel an Schwerpunktbildungen und eigentlich an einer leitenden Fragestellung, dazu die offenkundige Unfähigkeit oder auch der Unwille, Zäsuren und Wendepunkte da herauszuarbeiten und da zu benennen, wo sie nun einmal historisch relevant waren: So wird in Wentkers Gorbatschow-Buch zwar alles Mögliche von 1985 bis 1991 wiedergegeben, der zentrale Umdenk- und Umsteuerprozess bei Gorbatschow, seinen Ratgebern wie seinen Verbündeten in der sowjetischen Führung von etwa November 1989 bis Mai 1990 bleibt aber nicht nur ungemein blass, ja er verschwindet fast: Wie der ursprüngliche Anhänger einer fortdauernden deutschen Zweistaatlichkeit sich am Ende sogar zur Akzeptanz eines wiedervereinigten Deutschlands innerhalb der NATO durchringen konnte, bleibt weitgehend im Nebel. Die zweifellos eigentliche Schlüsselstelle am Ende des Kalten Krieges, findet somit kaum Beachtung. Vielleicht meint der Autor auch, er habe sich die Schilderung dieses Umbruches deshalb weitgehend ersparen können, weil so viele andere Autoren bereits viel Schweiß in die Analyse dieses Zusammenhanges investiert hätten – aber wenn es sich so verhielte, wäre das unbedingt begründungsnotwendig. Ansonsten erfahren Leserinnen und Leser eben ziemlich umfänglich, wann welcher Flügel bei den westdeutschen Grünen die sowjetische Politik wie interpretierte, wie Kurt Hager sich wann zum sowjetischen Reformkurs äußerte, wann Außenminister Genscher anfing, sich von Bundeskanzler Kohl und dessen über längere Zeit noch skeptischer Bewertung der Gorbatschowschen Politik abzusetzen und – dies allerdings ist spannend und verdienstvoll –, dass die sowjetische Führung nach der Bundestagswahl 1987 zu akzeptieren begann, dass weiterhin und auf längere Sicht nicht mit den ihr nächststehenden Sozialdemokraten in Kanzleramt und Auswärtigem Amt in Bonn zu rechnen sei. Sie müsse sich eben auf Helmut Kohl als weiterhin zentralen Akteur der westdeutschen Politik einstellen. Die Flirts mit Willy Brandt, Egon Bahr, Hans-Jochen Vogel, Björn Engholm u. a. wurden deswegen nicht von heute auf morgen abrupt beendet, aber ein Temperatursturz trat doch ein.

---

<sup>1</sup> Jacqueline Boysen: Ideale Projektionsfläche. Wie die Deutschen in Ost und West zum sowjetischen Reformen Michael Gorbatschow standen, in: *FAZ*, 13.04.2021, S. 6.

Im Forschungsdesign, das das Institut für Zeitgeschichte im hier kritisch gesehenen VfZ-Beitrag präsentiert, fehlt nun allerdings der gesamte Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik genauso wie auch der der Militärgeschichte und der diversen bewaffneten Organe. Ja, man ist förmlich verleitet, hier von zwei Grundannahmen auszugehen: Einmal vom historischen Weltbild eines Primats der Innenpolitik, wie ihn in solcher Reinkultur nicht einmal die Bielefelder Sozialhistoriker der späten sechziger und siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts vertraten. Das verwundert umso mehr, als Abteilungsleiter Hermann Wentker sich ja selbst umfänglich zur DDR-Außenpolitik geäußert hat, das Thema als solches ihm somit durchaus lohnenswert erscheinen sollte. Noch bemerkenswerter aber ist, dass eine fundamentale Seite der ganzen DDR-DNA, der quantitative Umfang ihrer bewaffneten Organe samt ihrer bellizistischen Staatsgrundierung, überhaupt nicht aufscheint. Dabei geht es nicht nur um das von vielen vermutlich als überstrapaziert angesehene Thema Stasi, das die Kultur- und Sozialhistoriker mit ihrer imaginierten Differenziertheit offenkundig gar nicht mehr hören bzw. marginalisieren wollen. Nimmt man den quantitativen Umfang der sagen wir einmal Uniformträger in Relation zur Gesamtbevölkerung, so hat es auf deutschem Boden allenfalls von 1933 bis 1945 eine Gesellschaft gegeben, die in vergleichbarer Weise zum Gleichschritt verdammt und mit Waffen versehen war. Das wilhelminische Kaiserreich mit, verglichen mit heute, sehr schwachen Polizeikräften und einer militärischen Rekrutierung von ca. fünfzig Prozent eines Jahrganges und samt einer vielfach bürgerlich-zivilen Gesinnung, die es auch gab, wurde jedenfalls auf diesem Gebiet von der DDR mit Betriebskampfgruppen als Zweitarmee, den bewaffneten Einheiten von Staatssicherheit und Polizeiapparat, dies alles neben der NVA, mühelos übertrumpft. Zu fragen ist ganz einfach und ganz hart: Warum scheuen Forschungseinrichtungen wie das Institut für Zeitgeschichte diese Hardware eines untergegangenen Regimes auch nur ansatzweise in den Blick zu nehmen?

Schon im Vorwort von Hermann Wentker wird das in diesen Kreisen übliche Mantra postuliert, „(...) nicht bei der Feststellung des diktatorischen Charakters der DDR in deren ersten Jahren stehenzubleiben und den Blick nicht nur auf deren repressive Seiten, sondern auch auf andere Themen und Problemzusammenhänge zu richten.“ (S. 282). Solche Scheinargumentation bzw. Weichspülerei hat inzwischen inflationär in Anspruch genommenen Tefloncharakter gewonnen. Niemand hat irgendwann ernsthaft behaupten können, unter spezifischen politischen Rahmenbedingungen habe es nicht auch Lebenszusammenhänge gegeben bzw. geben können, die nicht ausschließlich durch Regimevorgaben bestimmt waren. Mittlerweile ist diese Argumentation aber zur billigen Apologie mutiert. Heute wird umgekehrt ein Schuh daraus: Es wird so getan, als sei die DDR nichts anderes als eine Art ferner formaler Rahmen gewesen, innerhalb dessen sich Privatheit, Kultur, weithin auch Ökonomie und Kommunikation ziemlich autonom hätten entfalten können. Das Ganze stellt sich etwa so dar wie der Wilde Westen in den siebziger und achtziger Jahren des vorletzten Jahrhunderts: Regionen weit westlich des Mississippi, in denen irgendwelche anarchische gesellschaftliche Kräfte walteten, was immer auch der große weise Vater und seine Administrationen im fernen Washington verfügen mochten. Die DDR-Wirklichkeit lag aber nicht fernab von einer Kapitale Tausende Meilen entfernt. Die politischen Vorgaben waren nicht nur quasi Rahmenbedingungen, sie determinierten eben auch das gesellschaftliche Leben, beeinträchtigten die soziale und ruinierten die ökonomische wie die ökologische Wirklichkeit. Wer hier die Kompetenzkompetenzfrage marginalisiert oder gar ausblendet, beschreibt eine kleinbürgerliche deutsche Märchenwelt, aber er beschreibt gewiss nicht die DDR. Besondere Amplituden erreicht der Teilbeitrag von Elke Scherstjanoi „Werden und Wachsen. Zur

Frühgeschichte der DDR als aktuelles Forschungsfeld (S. 295 ff.). Sie bedauert, etwas zwischen den Zeilen, dass die alte, schönfärberische systemimmanente westdeutsche DDR-Forschung nicht mehr marktgängig sei, und sie setzt dem Ganzen die Krone auf, indem sie beklagt, es gebe einen „Generationswechsel, der die letzten namhaften DDR-Historiker (...) aus der Debatte wirft“, und so sei ein insgesamt ergiebiger akademischer Dialog an sein Ende gelangt. Vielleicht sollte man auch die Chuzpe rühmen, mit der hier bedauert wird, dass die SED-Historiker der späten DDR in die Jahre gekommen sind, die ja vielfach mit ihnen mehr oder weniger nahestehenden westdeutschen Kollegen insbesondere über die achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts konferiert und auch gekungelt haben. Man stelle sich einmal heutige deutsche Historiker vor, die in einem bedauernden Ton schrieben, die Treitschkes, Rankes und Sybels, mit denen man den vor 150 Jahren gegründeten deutschen Nationalstaat bejubeln könne, stünden nun einmal bedauerlicherweise nicht mehr als geschätzte Kollegen zur Verfügung. Unvorstellbar die Erregungszustände, die von der gesamten heutigen deutschen Geschichtspolitik Besitz ergriffen!

Der Rezipient braucht aber Kondition, es geht auf diesem Niveau weiter: Elke Scherstjanoi postuliert, „die Koexistenz demokratischer und diktatorischer Momente innerhalb eines Staates“ finde beim heutigen Blick auf die DDR zu wenig Beachtung (S. 298), „Verfolgungsaspekte (stunden, P.M.) zu stark im Vordergrund“ (S. 299) – was wäre denn dann hier die angemessene Relation? Als Themen, die zu wenig oder gar nicht bearbeitet würden, seien zu nennen: „moderner Sozialstaat; Emanzipation und zivilgesellschaftlicher Aufbruch (...), Recht, Gerechtigkeit und Rechtsempfinden ...“ Einmal abgesehen davon, dass hier die üblichen Leervokabeln des aktuellen deutschen Feuilletons Eingang finden (Zivilgesellschaft), liest sich das Ganze wie der Wunschzettel einer sozialdemokratisch progressiven Welt der sechziger und siebziger Jahre. Die DDR mutiert hier zu einer Art Klon von Olof Palmes Volksheim-Sozialdemokratie in der Wohlstandsinsel Schweden mit ihren egalitär-menschenfreundlichen Tendenzen. Und überall da, wo die Gefahr droht, dass am Staat DDR vielleicht doch ein Rest Repression und Gewalttätigkeit hängen bleiben könnte, wird dem sofort wieder heftig entgegengearbeitet: „denn wo nun eher unpolitische DDR-Opfer (etwa Heimkinder, Opfer von Doping und Medikamententests) aufgelistet werden und damit DDR-Behörden insgesamt als Orte der Gewissenlosigkeit und Menschenverachtung fungieren, wird die verzerrende Täter-Opfer-Dichotomie nicht aufgelöst.“ (S. 302) Doping unpolitisch? Wer sich also beschweren wollte, dass er physisch durch Doping beeinträchtigt wurde, möge sich bitte nicht so haben, er oder sie mag ja, vielleicht zudem Medaillengewinner, auch profitiert haben, und schuldig-unschuldig waren sowieso alle, eine neue Art von Erbsünde, nicht aus der Transzendenz, sondern aus der realsozialistischen Immanenz. In den Schlussüberlegungen der Autorin heißt es sodann: „Der ostdeutsche Nachkriegsweg ist vom Verdikt zu befreien, von Grund auf falsch gewesen zu sein. Das beginnt damit, kommunistisch geführte Gesellschaften nicht kommunistische Gesellschaften zu nennen.“ (S. 305) In demokratischen Ordnungen sind bekanntlich auch nicht alle zu jeder Tages- und Nachtzeit von demokratischem Wollen und von demokratischer Gesinnung erfüllt, nicht nur nicht, weil man hier mitunter politisch-häretisch denken mag, sondern weil sich nicht das gesamte Leben stetig auf das Etikett demokratisch zuschneiden lässt. Niemand käme deswegen auf den Gedanken, die Französische Republik oder das Königreich der Niederlande nur als demokratisch geführt und nicht als schlicht demokratisch zu bezeichnen.

Schließlich noch zu einem Gesichtspunkt aus dem Beitrag von Petra Weber: „Die Gesellschaft der DDR im Widerstreit. Offene Fragen und Forschungspotentiale“

(S. 306 ff.). Die Autorin hält eine Überlegung fest, die inzwischen schon nachgerade eine Binsenweisheit geworden ist, den – tatsächlich oder vermeintlich – viel tiefer greifenden Elitenbruch in der DDR mit der – positiven – Konsequenz, dass hier Gesellschaft frei von historischen Hypotheken neu zugeschnitten und neu aufgebaut werden konnte: „dass anders als in der Bundesrepublik, wo in den 1950er Jahren strukturelle und personelle Kontinuitäten fortbestanden und ein Exklusivität beanspruchendes Bürgertum auf einmal eine Renaissance erlebte, in der SBZ/DDR ein radikaler Strukturbruch stattfand, kann in vielen fundierten Gesamtdarstellungen und Teilstudien nachgelesen werden.“ (S. 308) Die alte Bundesrepublik als eine Art Teilnachfolger von Wilhelminismus und am Ende NS-Imperium geschichtspolitischen Eiferern zum Fraß vorzuwerfen, ist nun schon seit längerem Mode. Überspitzt formuliert: Die Epigonen aus Heinrich Manns *Der Untertan* hatten nach diesem Schema in Westdeutschland noch Jahrzehnte nach 1945 bzw. 1949 das Sagen, während im Arbeiter- und Bauernregime faktische Emanzipation eine historisch bewusste Gesellschaft schuf. Keine Frage: Altnazis waren und blieben Altnazis, deren Verweilen bzw. Wiederkommen war eine Hypothek für die alte Bundesrepublik, die allerdings seit nunmehr geraumer Zeit intensiv erforscht wird. Zu fragen ist aber vor allem auch: War denn die partielle Renaissance bürgerlicher Milieus und Kategorien in der frühen Bundesrepublik so sehr nur von Übel, – und umgekehrt: Gereichte es nicht zwischen Elbe und Oder zum großen Nachteil, dass dort das Bürgertum frühzeitig seine ökonomische Substanz einbüßte, zu wachsenden Anteilen in den Westen des Landes floh und dass damit seine Substanz im Arbeiter- und Bauernstaat weitgehend marginalisiert war? Es geht ja dabei nicht nur um das immer weitergehende Fehlen privatwirtschaftlicher Unternehmen mit ihrer Innovations- wie Wettbewerbsfähigkeit, sondern eben auch um Autonomien, wie sie sich etwa in der deutschen Tradition eines eigenständigen Vereinswesens ausdrücken. Wie kann man von „Zivilgesellschaften“ reden und dabei ausblenden, dass eine so klassische zivilgesellschaftliche Agentur wie der Verein, in dem sportliche, kulturelle, humanitäre oder auch politische Zwecke gebündelt werden, zum Verschwinden gebracht wurde? Und wenn schon wie im Gesamtbeitrag am Ende auch so viel von Transformation die Rede ist, Transformation wird dabei im Grunde so etwas wie ein immerwährender Allerweltsvorgang, wäre dann nicht auch zu fragen, inwieweit das Wahlverhalten im heutigen Osten des Landes mit der Schwerpunktbildung zu einer Partei ganz am rechten Rand des elektoralen Spektrums auch noch mit den monolithischen und obrigkeitsstaatlichen Strukturen des Arbeiter- und Bauernstaates zusammenhängt, dem nichts so fremd und widerwärtig war wie individuelle und gesellschaftliche – eben bürgerliche – Autonomie?

Gerade weil die DDR nicht ein beliebiges Territorium in der deutschen Geschichte war, wie eine aus den hunderten Herrschaften des 1806 untergegangenen Heiligen Römischen Reiches, sondern ein fremdbestimmter deutscher Staat vor der Folie weltpolitischer Antagonismen, sollte keinesfalls hingenommen werden, dass maßgebliche zeitgeschichtliche Einrichtungen mit hohem Eigenanspruch und mit viel Geltungsbewusstsein am historiographischen Markt einen Orbit zurechtbasteln, der offenkundig vor allem instrumentell-geschichtspolitischen Intentionen dienen soll, bei dem aber die ursprüngliche historiografische Forderung unter die Räder kommt zu „zeigen, wie es eigentlich gewesen ist“. Das mag verstaubt klingen, im Lichte heutiger Geschichtspolitik in Deutschland ist das aber gewiss keine überholte Forderung.